

"Sopi" - Der Einfluss der senegalesischen Medien auf die Präsidentschaftswahl 2000

von Frank Wittmann

frank.wittmann@tiscalinet.ch

Die liberalisierten Medien des westafrikanischen Landes Senegal haben einen beträchtlichen Anteil an dem Ausgang der Präsidentschaftswahl, die von der Opposition gewonnen wurde. Ein halbes Jahr vor der Wahl konnte niemand damit rechnen, dass der seit zwanzig Jahren regierende Präsident Abdou Diouf in den Präsidentschaftswahlen im März 2000 abgewählt werden würde: zu sehr haftete ihm der Nimbus des Unbesiegbaren an, zu konzeptlos präsentierten sich die Oppositionsparteien. Obwohl der Senegal seit der Unabhängigkeit 1960 eine demokratische Republik ist, kannte das Volk nur die Parti Socialiste (PS) als Regierungspartei. Seit Mitte der neunziger Jahre wurde der Medienmarkt durch die Aufgabe des staatlichen Informationsmonopols liberalisiert. Es wurde nicht nur eine Vielzahl von privaten Radiostationen und Tageszeitungen eingeführt, sondern auch das Fernsehangebot, das bisher aus den Programmen des staatlichen Senders *Télé Sénégal* und der aus dem Ausland einstrahlenden Sendern bestand, durch eine private Fernsehstation¹ ergänzt. Zurückzuführen ist diese Liberalisierung auf die Globalisierung und den damit verbundenen Druck zu «good governance», denn die Pluralisierung des Medienangebots erlaubte es der Regierung, ihre Demokratiefortschritte gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft nachzuweisen. Doch scheint sich die Regierung Diouf der Gefahren ihrer Medienpolitik für ihre eigene Rolle nur unzureichend bewusst gewesen zu sein. Im Allgemeinen werden die Gründe für die Wahl Abdoulaye Wades in der Lethargie des Regierungsstils, in der Korruption der Verwaltung, in der Langsamkeit der wirtschaftlichen Reformen, im Wahlsystem oder in der demokratischen Tradition gesehen. „The reason lies in the determination of the Senegalese people and their level of political sophistication“ (Doyle 2000), schreibt beispielsweise ein *BBC*-Korrespondent. Im Folgenden möchte ich dagegen die Rolle der Medien beleuchten und anhand von drei interdependenten Faktoren ihren entscheidenden Einfluss anführen.

Erster Faktor Informationsfunktion: Im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen von 1993 verfügten die Präsidentschaftskandidaten mit der privaten Presse und den privaten

¹ Es handelt sich dabei um eine konzessionierte senegalesische Filiale des französischen Privatsenders *Canal Horizons*.

Radiostationen über eine ausreichend breite Plattform, um in der Öffentlichkeit ihre politischen Standpunkte und Images zu vermitteln. Mit dieser Präsenz konnte die Nichtbeachtung durch die staatlich kontrollierten Medien, zu nennen sind *Télé Sénégal*, die Radiosender *RTS Nationale* und *Dakar FM* sowie die Tageszeitung *Le Soleil*, ausgeglichen werden.

Zweiter Faktor Agenda-Setting: Die Opposition verfügte in den privaten Medien über eine ausreichende Präsenz, um eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit eines politischen Wechsels auslösen zu können. Am Beispiel des Rundfunks und seiner Forumsfunktion lässt sich dies verfolgen. Im Gegensatz zu den Printmedien und dem Fernsehen, die sich konzeptuell weitgehend an europäischen Vorbildern orientieren, hat der private Rundfunk eigene Sendegefässe und Moderationstechniken so entwickelt, dass er Medienfunktionen auf eine Weise erfüllt, die einer Gesellschaft mit ausgeprägten oralen Bedürfnissen weitaus mehr entsprechen als dies noch zu Zeiten des staatlichen Radiomonopols der Fall war. Durch die Verwendung der Umgangssprache Wolof als Sprache des Massenmediums Radio wird der Bevölkerungsmehrheit nicht nur ein umfassender Zugang zu Informationen, sondern auch die Möglichkeit gegeben, sich mittels massenkommunikativen Feedbacks einzubringen. Auf diese Weise nimmt das Radio eine Forumsfunktion wahr, indem es eine Plattform zur freien politischen Meinungsäußerung und –bildung bereitstellt. Diese Strategie äussert sich in interaktiven Sendungen, in denen ein Grossteil der Sendezeit auf Gespräche mit HörerInnen entfällt, die ihre Meinung zu einem von der Moderation vorgegebenen Thema kundtun oder ihren Beitrag zu einer aktuellen Diskussion liefern. Auf die Wahlen bezogen bedeutet dies, dass die RezipientInnen über die Leistungen der alten Regierung kontrovers diskutiert und ihre Hoffnungen gegenüber einer neuen Regierung, deren Wahlslogan „Sopi“ (Wechsel) omnipräsent war, artikuliert haben.

Dritter Faktor Kritik- und Kontrollfunktion: Die Ergebnisse ihres investigativen Journalismus veröffentlichten die unabhängigen Medien gezielt in der Schlussphase des Wahlkampfes sowie in der Zeitspanne zwischen der ersten Wahlrunde und der Stichwahl. Mit der Aufdeckung von Wahlbetrugsversuchen – wie zum Beispiel die Fälschung von Wahlkarten in Israel² – versuchten sie gezielt, den Wunsch nach einem politischen Wechsel in der Bevölkerung zu verstärken. Am Wahltag schickten die Radiostationen schliesslich JournalistInnen zu den Wahlbüros, um den Ablauf der Wahlen zu kontrollieren und erste Ergebnisse zu verbreiten. Diese Strategie wird seit

² Neben dem Versuch „to massage the results through the use of doctored voting cards“ (BBC 2000a) wurde der Regierung auch vorgeworfen, dass sie „the country’s voting register“ (BBC 2000b) manipulierte.

den Kommunalwahlen von 1996 angewendet und trägt dazu bei, dass „die Möglichkeiten der Manipulation sehr eingeschränkt“ (Heering 1999 : 5) sind. Unter diesen Umständen sah die Regierung keine Möglichkeit, das Wahlergebnis nachträglich zu beeinflussen und erkannte zu spät, dass die eigene Medienpolitik die politische Macht untergraben hatte. Unter diesen Umständen blieb Abdou Diouf nichts anderes übrig, als die Wahl anzuerkennen und seinem politischen Gegner zum Sieg zu gratulieren. Die im Vorfeld der Stichwahl geäußerte Befürchtung, dass Diouf die Wahlen nicht anerkennen würde, erwies sich damit als gegenstandslos. „Some people have also argued that the democratic change depended ultimately on the goodwill of President Abdou Diouf, who graciously conceded defeat when it was clear that he had lost“ (Doyle 2000). Der politische Journalismus hat mit seiner Rolle untermauert, dass er nicht nur Terminjournalismus betreibt. Denn die Determinierungsversuche durch Staatsverwaltung, Parteien, internationale Organisationen, diplomatische Vertretungen und Wirtschaftsunternehmen, die täglich eine grosse Anzahl von mediatisierten Ereignissen wie Staatsempfänge, Gebäudeeinweihungen, Ausstellungs- und Kongresseröffnungen, Vorträge oder Pressekonferenzen veranstalten, stellen nach Heike Heering (1999 : 8f) eine grosse Versuchung für den Journalismus dar. Die Rolle der Journalisten und Journalistinnen pflegt sich in diesen Fällen weitgehend auf die wörtliche Wiedergabe der verlautbarten Informationen zu beschränken.

Abschliessend möchte ich einen Blick auf das Verhältnis zwischen den Medien und der neuen Regierung werfen. Die Medien haben bereits wenige Wochen nach der Wahl klar gemacht, dass sie auch gegenüber der neuen Regierung eine Kritik- und Kontrollfunktion wahrnehmen werden: Sie kritisierten nicht nur Abdoulaye Wades Aufgabe von Wahlversprechen, sondern sprachen sie sich auch vehement gegen sein Vorhaben aus, das Erscheinen der von der ehemaligen Regierung kontrollierten Zeitung *Le Soleil* vorerst einzustellen. „Mr Wade [...] suggested that the state-owned newspaper, *Le Soleil*, which he has accused of partisanship, should be suspended while a new role for it was thought out“ (BBC 2000c). Diese Tageszeitung hat sich mittlerweile unter einem neuen Direktor in der politischen Mitte positioniert und findet mit ihrer neuen Service-public-Funktion eine breite Anerkennung unter der lesenden Bevölkerung. Darüber hinaus gab es in der Zwischenzeit bereits erste Konflikte mit der Pressefreiheit. Die Tageszeitung *Le Matin* sowie die Wochenzeitung *Le Témoin* sind wegen Beleidigungen des Staatsoberhauptes und Verbreitung falscher Informationen angeklagt und verurteilt worden. Dieses Kräftemessen, bei dem allerdings die grundsätzliche Kritik- und Kontrollfunktion der Medien nicht

in Frage gestellt wird, fand in der Bereitschaft der Regierung, die Klagen zurückzuziehen, ein vorläufiges Ende. Vom 29. September bis 1. Oktober 2000 wurde eine Konferenz mit Teilnehmern aus Medien, Politik, Gewerkschaft, Konsumentenorganisationen und Armee abgehalten, um über die Situation im Allgemeinen und eine Reform des Medienrechts im Besonderen zu diskutieren. «Les recommandations faites au cours de ces assises tendent vers une profonde réforme de la loi sur la presse» (Diouf 2000 : 2). Es bleibt zu hoffen, dass das bei der Konferenz gegründete Komitee zu einer Entspannung des Verhältnisses führt und seinen Beitrag zur noch nicht vollzogenen Liberalisierung des privaten Fernsehens leisten wird.

Bibliographie

BBC

2000a, Senegal launches campaign for presidency,
http://www.news.bbc.co.uk/hi/english/world/africa/newsid_633000/633157.stm (06.02.2000).

BBC

2000b, Senegalese Government, rigging election
http://www.news.bbc.co.uk/hi/english/world/africa/newsid_649000/649088.stm (19.02.2000).

BBC

2000c, Senegalese president attacked by press
http://www.news.bbc.co.uk/hi/english/world/africa/newsid_704000/704326.stm (06.04.2000).

DIOUF, Mansour

2000, La Presse plaide pour les changements en profondeur, cité in: MédiActu,
<http://www.panos.sn/actus/index.html> (7.10.2000).

DOYLE, Mark

2000, Senegal: Where democracy was the winner,
http://www.news.bbc.co.uk/hi/english/world/africa/newsid_686000/686001.stm (21.03.2000).

HEERING, Heike

1999, Neue Sender - Neue Meinungsvielfalt? Senegal vom 5.1. bis 2.4.1999 (unveröffentlichter Bericht zu Handen der Heinz-Kühn-Stiftung).